



ÖFFENTLICHE BESCHLUSSVORLAGE

Amt/Eigenbetrieb:

VB 2/EVO

Beteiligt:

20 Stadtkämmerei
30 Rechtsamt
61 Fachbereich Stadtentwicklung und Stadtplanung

Betreff:

Projekt Evolutionspark Hagen
1. Gutachten zur Verkehrlichen Machbarkeit
2. Verfahren zur Gewinnung von Investoren

Beratungsfolge:

13.11.2007 Sport- und Freizeitausschuss
14.11.2007 Kultur- und Weiterbildungsausschuss
20.11.2007 Bezirksvertretung Hagen-Nord
22.11.2007 Haupt- und Finanzausschuss
06.12.2007 Umweltausschuss
11.12.2007 Stadtentwicklungsausschuss
13.12.2007 Rat der Stadt Hagen

Beschlussfassung:

Rat der Stadt Hagen

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, das Interessenbekundungsverfahren wie beschrieben durchzuführen und dem Rat über die Ergebnisse zu berichten. Die Mittel in Höhe von 20.000,-- € sind im HHPL 2008 bereitzustellen.



Kurzfassung

In der Vorlage wird über das Gutachten der Firma Modus Consult zur Verkehrlichen Machbarkeit berichtet. Die Verfahrensweise, wie Investoren für das Projekt gewonnen werden, wird dargestellt.

Begründung

1. Verkehr

Das Gutachten der Fa. Modus-Consult vom 25.06.2007 analysiert die Situation heute, prognostiziert den vom Evolutionspark Hagen zusätzlich erzeugten Verkehr und verteilt ihn auf die Straßenzüge im Stadtgebiet.

Zusammenfassend wird festgestellt, dass für die Bewältigung des hinzukommenden Verkehrs die heute bestehenden Engpässe bearbeitet werden müssen.

1.1. Ziele

- *Rücksicht auf Wohnquartiere
- *gute Orientierung und Leistungsfähigkeit im Sinne des Evolutionsparks Hagen
- *verträglich mit den Baustufen des Parks
- *geringe Mehrbelastung des Netzes und der Knoten
- *Wirtschaftlichkeit



1.2. Varianten / nötige Maßnahmen

Böhfeld:

- *keine Varianten, da Zufahrt durch Rücksicht auf die Bevölkerung von Hengstey, Verkehrsnetz und Topografie festgelegt ist.
- *Ausbau des Kreisels Dortmunder-/ Böhfeldstraße mit Signalwirkung für den Park
- *zusätzliche Ausfahrtspur vom Park rechts in die Dortmunder Straße
- *zusätzliche Linksabbiegespur Wandhofener Straße nach links in die Dortmunder Straße
- *Lichtsignalregelung der beiden Autobahnanschlüsse zur Dortmunder Straße

Werdringen

- *empfohlene Variante 1
Individualverkehr über Westpreußenstraße, bei den Bahnunterführungen
Signalregelungen bedarfsgesteuert
Omnibusse und Lieferverkehr über Brüninghaus-/ Joh. Gottlieb-Fichte-/ Freiherr vom Stein-/ Brockhauser Straße
- *Ausbau des Kreisels West-/ Westpreußenstraße mit Signalwirkung für den Park
- *Ausbau Westpreußenstraße
- *zusätzliche Linksspur Weststraße zur Autobahn nach Köln
- *Ausbau der Busverbindung Brüninghaus-/ Joh. Gottlieb Fichtestraße

1.3. Beurteilung der Verkehrlichen Machbarkeit

Die vorgeschlagenen Maßnahmen dienen nur zu einem kleinen Teil der äußeren Erschließung des Evolutionsparks Hagen. Bedeutsamer für den Hagener Norden ist die mit den Planungsvorschlägen erreichbare Verbesserung der vorhandenen Verkehrssituation. Alle vom Gutachter vorgeschlagenen Veränderungen sind grundsätzlich im vorhandenen Verkehrsraum umsetzbar. Nach dem vorliegenden Gutachten ist die Erschließung des Evolutionsparks Hagen durch die vorgeschlagenen Maßnahmen möglich. Nach der Darstellung der grundsätzlichen Machbarkeit und der notwendigen Maßnahmen sind nun die Vor- und Nachteile der verschiedenen Varianten zu diskutieren, um auf dieser Grundlage die Detailplanung und die Kostenermittlung entwickeln zu können.



2. Investorensuche

Der Regierungspräsident Herr Diegel hat die Auffassung des Rates der Stadt bekräftigt, dass der Evolutionspark im Rahmen einer öffentlich-privaten Partnerschaft weitgehend mit privatem Engagement entwickelt werden soll.

2.1. Investorenkontakte

Die bisher geleistete Öffentlichkeitsarbeit hat mögliche Projektpartner bewogen, den Kontakt mit der Projektleitung aufzunehmen und die Möglichkeiten einer Zusammenarbeit auszuloten.

Diese Partner kamen aus den Bereichen Finanzdienstleistungen, Projektentwicklung, Spartenbetrieb und Freizeitparks. Ergebnis der Gespräche sind die Bestätigung der Projektidee und der "Philosophie" des Parks und seiner Attraktivität und damit die grundsätzliche Tragfähigkeit im Wettbewerb.

2.2. Verfahren zur Einholung von Interessensbekundungen

Interessensbekundung

Das Verfahren dient zur systematischen Informationsgewinnung für die Stadt, um weitere Arbeitsschritte und Entscheidungen vorzubereiten. Es ist vergaberechtlich nicht relevant und hat keine rechtliche Bindungswirkung für die Stadt und die ihr Interesse bekundenden Investoren.

Das Verfahren wird wie folgt durchgeführt:

- Veröffentlichung
- Ausgabe von Exposés
- Investorencolloquium
- Aufforderung zur Interessensbekundungen

Ziel dieses Verfahrens ist es, systematisch Investoreninteresse zu gewinnen und aus den darzulegenden Konzepten interessierter Investoren Varianten für eine anschließende zielgerichtete Vergabe zu gewinnen. Zugleich gewinnt die Stadt Hagen die erforderliche Informationsbasis, um die notwendige Ausschreibung gezielt im Markt zu platzieren.



Vergabe

Nach den Interessenbekundungen und nach Beschluss des Rates der Stadt Hagen erfolgt die formelle Vergabe.

Je nach Art der zu vergebenden Leistung können Teilleistungen oder das Gesamtpaket im öffentlichem oder beschränktem Ausschreibungsverfahren oder im Verhandlungsverfahren vergeben werden.

An dem Vergabeverfahren können neben den zuvor bekannten Interessenten auch andere Unternehmen teilnehmen. Um die erforderliche Chancengleichheit zu gewährleisten, werden die aus dem vorangegangenen Interessenbekundungsverfahren erarbeiteten Anforderungsprofile an alle Bewerber im Vergabeverfahren weitergegeben.

Kosten

Das Verfahren „Interessenbekundung“ wird weitgehend verwaltungsintern bearbeitet (Exposé), so dass sich die Kosten auf die Veröffentlichung und Durchführung des Colloquiums beschränken. Die Kosten liegen geschätzt bei 20.000 €.

3. Weiterer Entscheidungsgang

Nach Eingang und Auswertung der Interessensbekundungen sind alle vorliegenden Arbeitsergebnisse und Gutachten zu bündeln und zur Entscheidung für die nächsten Arbeitsschritte zu bringen.



Finanzielle Auswirkungen

- ☐ Es entstehen keine finanziellen und personellen Auswirkungen.
Hinweis: Diese und alle weiteren Zeilen in diesem Fall bitte löschen!

1. Rechtscharakter

- ☐ Auftragsangelegenheit
☐ Pflichtaufgabe zur Erfüllung nach Weisung
☐ Pflichtaufgabe der Selbstverwaltung
☐ Freiwillige Selbstverwaltungsaufgabe
☐ Vertragliche Bindung
☐ Fiskalische Bindung
☒ Beschluss RAT, HFA, BV, Ausschuss, sonstige
☐ Dienstvereinbarung mit dem GPR
☐ Ohne Bindung

Erläuterungen:

2. Allgemeine Angaben

- ☒ Bereits laufende Maßnahme
☒ des Verwaltungshaushaltes
☐ des Vermögenshaushaltes
☐ eines Wirtschaftsplanes
☐ Neue Maßnahme
☐ des Verwaltungshaushaltes
☐ des Vermögenshaushaltes
☐ eines Wirtschaftsplanes
☒ Ausgaben
☐ Es entstehen weder einmalige Ausgaben noch Ausgaben in den Folgejahren
☒ Es entstehen Ausgaben
☒ einmalige Ausgabe(n) im Haushaltsjahr 2008
☐ jährlich wiederkehrende Ausgaben
☐ periodisch wiederkehrende Ausgaben in den Jahren _____



3. Mittelbedarf

<input type="checkbox"/>	Einnahmen		EUR
<input checked="" type="checkbox"/>	Sachkosten	20.000	EUR
<input type="checkbox"/>	Personalkosten		EUR

Die Gesamteinnahmen und Gesamtausgaben verteilen sich auf folgende Haushaltsstellen:

HH-Stelle/Position	Lfd. HH-Jahr	Folgejahr 1	Folgejahr 2	Folgejahr 3	Folgejahr 4
Einnahmen:					
Ausgaben:					
		20.000			
Eigenanteil:					



4. Finanzierung

☐ Verwaltungshaushalt

☐ Einsparung(en) bei der/den Haushaltsstelle(n)

HH-Stelle/Position	Lfd. HH-Jahr	Folgejahr 1	Folgejahr 2	Folgejahr 3	Folgejahr 4
Gesamtbetrag					

☐ Mehreinnahme(n) bei der/den Haushaltsstelle(n)

HH-Stelle/Position	Lfd. HH-Jahr	Folgejahr 1	Folgejahr 2	Folgejahr 3	Folgejahr 4
Gesamtbetrag					

☐ Kein konkreter Finanzierungsvorschlag

Wird durch 20 ausgefüllt

☐ Die Finanzierung der Maßnahme wird den im Haushaltssicherungskonzept festgesetzten

☐ Haushaltsausgleich langfristig nicht gefährden

☐ Die Finanzierung der Maßnahme wird den Fehlbedarf im Verwaltungshaushalt in den nächsten Jahren um folgende Beträge erhöhen und damit das Zieljahr für den Haushaltsausgleich gefährden:

Lfd. HH-Jahr	Folgejahr 1	Folgejahr 2	Folgejahr 3	Folgejahr 4



☐ **Vermögenshaushalt**

☐ Einsparung(en) bei der/den Haushaltsstelle(n)

HH-Stelle/Position	Lfd. HH-Jahr	Folgejahr 1	Folgejahr 2	Folgejahr 3	Folgejahr 4
Gesamtbetrag					

☐ Mehreinnahme(n) bei der/den Haushaltsstelle(n)

HH-Stelle/Position	Lfd. HH-Jahr	Folgejahr 1	Folgejahr 2	Folgejahr 3	Folgejahr 4
Gesamtbetrag					

☐ Kreditaufnahme

Wird durch 20 ausgefüllt

☐ Die Maßnahme kann im Rahmen der mit der Bezirksregierung abgestimmten Kreditlinie zusätzlich finanziert werden

☐ Die Maßnahme kann nur finanziert werden, wenn andere im Haushaltsplan/Investitionsprogramm vorgesehene und vom Rat beschlossene Maßnahmen verschoben bzw. gestrichen werden.



☐ **Folgekosten bei Durchführung der Maßnahme im Vermögenshaushalt**

☐ Es entstehen keine Folgekosten

☐ Es entstehen Folgekosten ab dem Jahre _____

☐ Sachkosten ☐ einmalig in Höhe von EUR _____

☐ Jährlich in Höhe von EUR _____

☐ bis zum Jahre _____

☐ Personalkosten ☐ einmalig in Höhe von EUR _____

☐ Jährlich in Höhe von EUR _____

☐ bis zum Jahre _____

☐ Erwartete Zuschüsse bzw. Einnahmen zu den Folgekosten EUR _____

☐ Folgekosten sind nicht eingeplant

☐ Folgekosten sind bei der/den Haushaltsstelle(n) wie folgt eingeplant:

HH-Stelle/Position	Lfd. HH-Jahr	Folgejahr 1	Folgejahr 2	Folgejahr 3	Folgejahr 4
Einnahmen:					
Ausgaben:					
Eigenanteil:					

**5. Personelle Auswirkungen**☐

Es sind folgende personalkostensteigernde Maßnahmen erforderlich:

5.1 Zusätzliche Planstellen

Anzahl	BVL-Gruppe	unbefristet/befristet ab/bis	Besetzung intern/extern	Kosten EUR *

5.2 Stellenausweitungen

Stellenplan-Nr.	BVL-Gruppe	Kosten EUR *

5.3 Hebungen

Stellenplan-Nr.	BVL-Gruppe bisher	BVL-Gruppe neu	Kosten EUR *

5.4 Aufhebung kw-Vermerke

Stellenplan-Nr.	BVL-Gruppe	Kosten EUR *

5.5 Stundenausweitung in Teilzeitstellen

Stellenplan-Nr.	BVL-Gruppe	Kosten EUR *

5.6 Überstunden bei Ausgleich durch Freizeit mit entsprechendem Zeitzuschlag

Anzahl	BVL-Gruppe	Kosten EUR *

5.7 Überstunden bei Ausgleich durch vollständige Vergütung

Anzahl	BVL-Gruppe	Kosten EUR *

5.8 Überplanmäßige Einsätze

BVL-Gruppe	Zeitdauer	Umfang in Wochenstunden	Kosten EUR *

Summe Kosten 5.1 bis 5.8	
---------------------------------	--

☐

Es sind folgende personalkostensenkende Maßnahmen möglich:

5.9 Stellenfortfälle

Stellenplan-Nr.	BVL-Gruppe	Kosten EUR *

5.10 Abwertungen

Stellenplan-Nr.	BVL-Gruppe bisher	BVL-Gruppe neu	Kosten EUR *

5.11 kw-Vermerke neu

Stellenplan-Nr.	BVL-Gruppe	Kosten EUR *

5.12 ku-Vermerke neu

Stellenplan-Nr.	BVL-Gruppe	Kosten EUR *

5.13 Stundenkürzung in Teilzeitstellen

Stellenplan-Nr.	BVL-Gruppe	Kosten EUR *

Summe Kosten 5.9 bis 5.13	
---------------------------	--

* = Kostenermittlung auf der Basis der Durchschnitts-Personalkosten des jeweiligen Jahres (von 18/02) bzw. bei Überstunden auf der Grundlage der jeweiligen Überstundenvergütungen.



Verfügung / Unterschriften

Veröffentlichung

Ja

Nein, gesperrt bis einschließlich _____

Oberbürgermeister

Gesehen:

Stadtkämmerer

Stadtsyndikus

Beigeordnete/r

Amt/Eigenbetrieb:

VB 2/EVO

20 Stadtkämmerei

30 Rechtsamt

61 Fachbereich Stadtentwicklung und Stadtplanung

Gegenzeichen:

Beschlussausfertigungen sind zu übersenden an:

Amt/Eigenbetrieb:

Anzahl:

